

Heiner Meulemann

Wertwandel in der Bundesrepublik Deutschland

»Werte« tauchen im Titel unserer Tagung gleich zweimal auf – als Gegenstand der Debatte und als Zielpunkt der Vergesellschaftung. Ich nehme die beiden Stichworte Debatte und Vergesellschaftung auf, um zu zeigen wie meine Wissenschaft, die Soziologie, Werte systematisch und historisch betrachtet.

Wertedebatten werden von Intellektuellen und Kulturträgern auf den Bühnen von Parteien, Verbänden und Medien geführt. Für die Soziologie sind in erster Linie nicht die expliziten Wertedebatten der Spezialisten auf den Foren der Öffentlichkeit, sondern die implizite Wertedebatte in der ganzen Bevölkerung thematisch. Sie nimmt eine hintergründige Öffentlichkeit unter allen Mitgliedern einer Nationalgesellschaft an, die sie mit dem Instrument der repräsentativen Querschnittsbefragung zur Geltung bringt und die einer ihrer Gründungsväter, Emile Durkheim, vor 100 Jahren »Kollektivbewußtsein« genannt hat. Diese Debatte ist träger als die Debatten im Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit. Sie bewegt sich mit der Schwerkraft einer gesamten Bevölkerung und hinterläßt die Spur, die Wertwandel zu nennen wir uns gewöhnt haben.

Die implizite Wertedebatte der Bevölkerung zielt auf die *Vergesellschaftung der Werte*: Die Werte müssen so breit und so intensiv anerkannt sein, daß die Bevölkerung eine Gesellschaft bildet oder, wie es wiederum Durkheim vor 100 Jahren gesagt hat, »integriert« ist. Manche Werte sind selbstverständlich, wie die Freiheit oder die Gleichbehandlung der Geschlechter; andere sind kritisch, wie die Erziehungsziele der Konvention oder der Selbständigkeit. Aber was heute selbstverständlich ist, war es nicht immer auch gestern – wie die Gleichbehandlung der Geschlechter zeigt. Und der Streit um »Sekundärtugenden« zeigt, daß kritische Entwicklungen in entgegengesetzte Richtungen gehen können. Der Wertwandel bringt die Frage mit sich, ob sich »die« Werte genügend gehalten haben, um weiterhin die Integration der Gesellschaft zu gewährleisten. Sie wird oft negativ beantwortet. Der »Werteverfall«, also die Nicht-Vergesellschaftung der Werte, wird beschworen und beklagt, weil man um die Integration der Gesellschaft fürchtet.

Wenn die Soziologie mit der Umfrageforschung die hintergründige Öffentlichkeit des »Kollektivbewußtseins« registriert und das Problem der »Integration« aufwirft, dann kommt sie nicht daran vorbei zu sagen, was denn »die« Werte sind,

über die die Bevölkerung debattiert und die eine Gesellschaft vor die Existenzfrage stellen. Die Soziologie muß *systematisch* klären, was Werte sind und welche Werte für eine Gesellschaft grundlegend sind. Dann erst kann sie *historisch* klären, wie sie sich entwickelt haben und die Gretchenfrage nach der »Integration«, nach Bestand und Fortbestand der Gesellschaft, stellen.

Ich möchte mich daher im folgenden zunächst *systematisch* der Frage widmen, was Werte sind und welche Werte man unter dem Gesichtspunkt der Integration untersuchen sollte. Dann will ich *historisch* in Deutschland eine Wertedebatte im Bevölkerungsquerschnitt nachzeichnen: die Distanzierung der Ostdeutschen von den Westdeutschen *nach* der Wiedervereinigung.

1. Was sind Werte?

Wertschätzungen und Werte

Stellen Sie sich vor, jemand fragt Sie: Warum gehst du in die Kirche? Warum spielst du Fußball? Warum arbeitest du in der Stadtteilgruppe mit? Mit einiger Wahrscheinlichkeit ist Ihre Antwort: »Das ist für mich wichtig.« Mit dieser Redewendung erklärt man heute sich und anderen, warum man etwas tut, das man auch lassen könnte, das also weder von *Notwendigkeit* diktiert noch als *Routine* selbstverständlich ist.

Was mir wichtig ist, schätze ich als wertvoll ein – und das kann nur heißen: als wertvoller als etwas anderes. Eine solche *Wertschätzung* besetzt einen Gegenstand mit mehr Affekten, Emotionen, Wünschen als einen anderen. Sie ist *relativ* zu etwas anderem, aber *absolut* ihrem Grunde nach. Sie läßt sich nicht *begründen*. Ich mag Vanilleeis mehr als Schokoladeneis, weil ich Vanilleeis mehr als Schokoladeneis mag. Über Geschmack läßt sich nicht streiten. Aber *Werte* sind etwas anderes als *Wertschätzungen*. Sie sind Konzepte, kognitive Vorstellungen von dem, was wünschbar ist. Sie sind absolut, nicht relativ zu etwas anderem; aber sie lassen sich begründen – nicht mit letzter Gewißheit, aber mit vielen widerstreitenden Argumenten. Über Werte läßt sich mit Gründen streiten, sofern man nur über den Kern ihrer Bedeutung einig ist. So sind wir uns alle einig, daß Gleichheit die Gleichbehandlung vor dem Gesetz oder in Behörden und die Garantie eines minimalen Lebensstandards impliziert. Aber nur wenige behaupten, daß Gleichheit gleiche Bildung oder gleiche Einkommen erfordert.

Werte sind also Vorstellungen des *Wünschbaren*, die mit Wünschen in Konflikt geraten können. Ein Konflikt zwischen Wunsch und Vorstellung des Wünschbaren ist entscheidbar, weil die Vorstellung ein abstrakter und allgemeiner Maßstab für die Wünsche ist. *Abstrakt* ist die Vorstellung, weil sie sich von spezifischen Handlungen löst und allgemeine Elemente herausarbeitet, die sich in vielen Formen konkretisieren können. Eben deshalb kann der Wert nicht *Blaupause*, sondern nur Orientierungspunkt des Handelns sein. Zum Beispiel: Der Wert der Leistung ist kein Modell für berufliche Arbeitswut; er kann Maxime für die Berufsarbeit oder für Freizeit, Sport, Politik und für das Leben überhaupt sein. Deshalb sehen viele Leute ihre Aktivität auch außerhalb des Berufs als Arbeit und reden von Beziehungsarbeit, Identitätsarbeit, politischer Arbeit. *Allgemein* ist die Vorstellung, weil sie nicht nur im Kopf einer Person existiert, sondern von mehreren Personen geteilt wird, weil sie also einen gesellschaftlichen Tatbestand darstellt. Allgemein ist die Vorstellung weiterhin, weil sie nach den Regeln der Logik diskutiert und begründet werden kann, die für jeden verbindlich sind.

Die gerade gestellten Fragen – Warum gehst du in die Kirche?, Warum spielst du Fußball?, Warum arbeitest du in der Stadtteilgruppe mit? – lassen sich daher auch etwas anders beantworten als mit einem verbohrt »Das ist mir wichtig«. Ich gehe in die Kirche, weil die Gebote meines Glaubens mich dazu verpflichten, weil ich dort Ruhe und innere Erfüllung finde oder weil ich dort eine Gemeinschaft Gleichgesinnter finde – alles Argumente, über die man diskutieren kann. Ich spiele Fußball, weil ich im Sport mich selbst kennenlerne, weil ich mich in eine Gemeinschaft einordnen kann, weil ich meine Gesundheit fördern will – alles Argumente, über die man wiederum diskutieren kann. Ich arbeite in der Stadtteilgruppe mit, weil ich die Politik beeinflussen will, weil ich für die Gemeinschaft etwas tun will, weil ich des Lebens nur für mich und meine Familie überdrüssig bin – auch das alles Argumente, über die man diskutieren kann. Wie die Antworten zeigen, können Werte Wertschätzungen aus dem Gefängnis der Beliebigkeit befreien, und ein Wert kann viele Wertschätzungen begründen. Es läßt sich alles mehr oder minder wertschätzen. Aber es gibt nicht unendlich viele, sondern nur eine begrenzte Zahl von Werten. Welche Werte sollte man also betrachten?

Welche Werte soll man betrachten?

Werte sind Konzepte des Wünschbaren, die über Wünsche entscheiden. Nicht was mir wichtig oder wertvoll ist, ist ein Wert, sondern der Maßstab, nach dem ich dies für wichtiger oder wertvoller halte als jenes. Ein angenehmer Arbeitsplatz oder gute

Aufstiegschancen, eine gute Bezahlung oder interessante Aufgaben im Beruf, aber auch eine gute Abiturnote, ein Sieg im lokalen Marathonlauf und Engagement in der Gemeinde – all das ist mir mehr oder minder wichtig, wenn ich mich dem Wert der Leistung verschrieben habe. Werte sind abstrakt, oft unscharf, aber dennoch jedem geläufig: Jeder kennt das Wort, das den Wert benennt. So gesehen ist die Welt der Werte begrenzt. Gleichheit und Leistung, Teilhabe und Autonomie gehören dazu – das Arbeitsklima, das Abitur oder die Siegermedaille gehören nicht dazu.

Die ersten beiden Werte, die ich behandeln will, *Gleichheit* und *Leistung*, regeln die Verteilung erarbeiteter Ressourcen auf die Menschen in arbeitsteiligen Gesellschaften: Jeder will gleiche Chancen haben – aber nach seiner Leistung mehr bekommen. Gleichheit und Leistung sind ein *Wertpaar*, das einen *Gegensatz* zusammenbringt: Wer Gleichheit will, darf sich nicht durch Leistung auszeichnen. Wer sich durch Leistung auszeichnen will, kann nicht jede Gleichheit akzeptieren, sondern nur die, die durch eine gleiche Leistung erworben wurde. Gleichheit und Leistung sind also zwei Werte, die Unterschiede zwischen Menschen in einer Gruppe erklären – oder als nicht berechtigt erweisen. Sie vergleichen Menschen mit Menschen, sie richten sich auf die Beziehungen unter Menschen.

Werte regeln aber nicht nur die Beziehungen zwischen Menschen, sondern auch die Beziehungen zwischen Menschen und Institutionen. Auch hier will ich zwei Werte betrachten. Zuerst der Wert der *Mitbestimmung*: Wo Entscheidungen von Instanzen jenseits der Betroffenen gefällt werden, sollen die Betroffenen mitwirken können. Mitbestimmung soll in der Politik, im Bildungswesen und in der Familie denjenigen, die nach Macht und Möglichkeit nicht entscheiden können, eine Chance der Mitsprache geben. Das Gegenstück zur Mitbestimmung in Institutionen ist die selbstverständliche Hinnahme von Institutionen, die ich *Akzeptanz* nenne. Akzeptanz wird durch die Moral und die Religion hervorgerufen, die beide die Neigung fördern, eigene Interessen an denen anderer und am Wohle des Gemeinwesens zu messen und, wenn nötig, zurückzustellen.

Gleichheit und Leistung, Mitbestimmung und Akzeptanz – dazu will ich im folgenden einige Entwicklungen in West- und Ostdeutschland seit der deutschen Wiedervereinigung berichten.

2. Gleichheit und Leistung: Die ostdeutsche Identität ist nach dem Ende der DDR entstanden

Erste Zeitreihe: Lösung des Konflikts von Gleichheit und Leistung

Die innere Spannung des Wertpaares Gleichheit und Leistung wurde in Umfragen mit zwei Aussagen ausgedrückt. Erstens: »Die Rangunterschiede zwischen den Menschen sind akzeptabel, weil sie im wesentlichen ausdrücken, was man aus den Chancen, die man hatte, gemacht hat« – im folgenden »Ungleichheit aus Leistung« genannt. Zweitens: »Nur wenn die Unterschiede im Einkommen und im sozialen Ansehen groß genug sind, gibt es auch einen Anreiz für persönliche Leistung« – im folgenden »Ungleichheit als Leistungsanreiz« genannt. Die Befragten konnten zu diesen Aussagen auf vier Stufen zwischen »Stimme voll und ganz zu« (Code 1) und »Stimme überhaupt nicht zu« (Code 4) Stellung nehmen. Wer zustimmt, unterstützt das mit der *Chancengleichheit* gekoppelte *Leistungsprinzip*; wer nicht zustimmt, unterstützt das in der *Ergebnisgleichheit* eines Minimalstandards erfaßte *Bedarfsprinzip*. »Ungleichheit als Leistung« erfaßt die Spannung zwischen Gleichheit und Leistung genetisch oder mit Blick auf die Rechtfertigung sozialer Unterschiede, »Ungleichheit als Leistungsanreiz« hingegen funktional oder mit Blick auf den Nutzen sozialer Unterschiede.

Die alte Bundesrepublik verstand sich als differenzierende Leistungsgesellschaft, die DDR als sozialistische Gemeinschaft gleicher Produktionsmittelbesitzer. Wenn dieses Selbstverständnis fortwirkt, dann sollten *erstens* die Ostdeutschen gleich nach der Wiedervereinigung die Ergebnisgleichheit und die Westdeutschen die Chancengleichheit stärker betonen. Nachdem aber die Sozialverfassung der Bundesrepublik auch auf Ostdeutschland übertragen wurde, sollten *zweitens* die Ostdeutschen sich den Westdeutschen annähern. Wie die Entwicklung tatsächlich verläuft ist in Abbildung 1 dargestellt. In West- und Ostdeutschland entwickelt sich die Stellungnahme zu beiden Aussagen so einheitlich, daß auf sie nicht einzeln eingegangen werden muß.

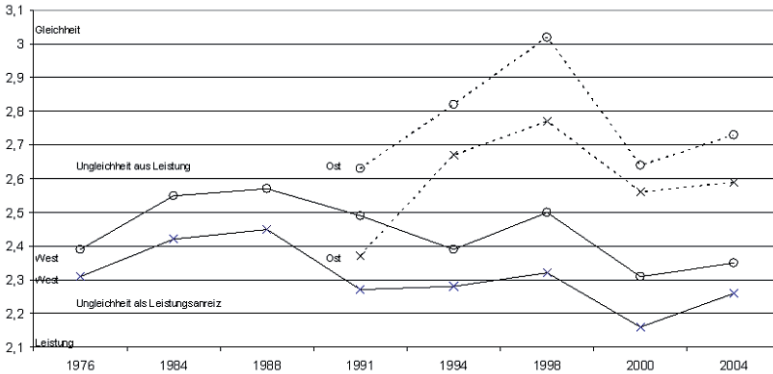


Abbildung 1: Gleichheit und Leistung¹

In Westdeutschland bleibt die Zustimmung zum Leistungsprinzip über die ganze Zeitspanne im wesentlichen konstant; insbesondere verändert sie sich nicht durch die Wiedervereinigung. In Ostdeutschland findet man eine Entwicklung, die keine der beiden Vermutungen unterstützt. 1991 unterstützen die Ostdeutschen wider Erwarten das Leistungsprinzip genau so stark wie die Westdeutschen. Ab 1994 aber rücken die Ostdeutschen wider Erwarten nicht an die Westdeutschen heran, sondern von ihnen weg; sie unterstützen das Leistungsprinzip deutlich und konstant schwächer als die Westdeutschen. Die erwarteten Unterschiede zwischen den Landesteilen treten also nicht bei der Wiedervereinigung, aber im Laufe der Transformation auf. Und sie bleiben bis 2004. Nicht das Erbe der DDR, sondern die Transformation bringt die Ostdeutschen dazu, vor dem Leistungsprinzip zurückzuschrecken. Wie kann man das erklären?

Die DDR hat ihren Bürgern zwar die Ergebnisgleichheit des Bedarfs gelehrt, aber sie hat ihnen das Leistungsprinzip offenbar nicht verleidet können. Wie Befragungen in Betrieben der DDR zeigen, beklagen die Belegschaften immer wieder das Fehlen einer leistungsgerechten Bezahlung. Die Bevölkerung vermißte den Lohn der Leistung, die Selbstverwirklichung; aber der Staat schützte sie vor den Herausforderungen des Leistungsprinzips, dem Zwang zur eigenständigen Orientierung und dem Risiko des Scheiterns. Das Leistungsprinzip war in der DDR zwar von der Bevölkerung internalisiert, aber in der sozialen Realität nicht institutionalisiert worden. Daß die Ostdeutschen 1991 das Leistungsprinzip oft bejahen, ist Reaktion

1 Vgl. Allbus 2002.

auf seine mangelnde Verwirklichung. Denn die DDR bewirkte zweierlei zugleich. Sie versagte der Bevölkerung die Chance der Selbstverwirklichung durch Leistung und ersparte ihr die Erfahrung der Risiken des Leistungsprinzips.

Aber dieser wohlwollende Staat ist 1990 abgetreten, so daß die Ostdeutschen die Chancen wie die Risiken des Leistungsprinzips erfuhren. Die Sozialisation zur Gleichheit aus der DDR trifft nun auf eine Situation, die den Ostdeutschen Argumente gegen das Leistungsprinzip liefert und die gleichsam unschuldige Begeisterung für das Leistungsprinzip dämpfen. Die Ostdeutschen entfernen sich also nach 1994 von den Westdeutschen, weil sie die Erfahrungen der Transformation im Lichte ihrer Wertvorstellungen aus der DDR interpretieren. Die Identität der Ostdeutschen kommt erst nach dem Ende der DDR auf.

Zweite Zeitreihe: Gleichheit und Leistung als Pole

Aber vielleicht sind die Ergebnisse der Abbildung 1 zufällig, so daß man nicht derart kühne Interpretationen auf sie gründen sollte. Schauen wir uns also eine weitere Zeitreihe zur Spannung zwischen Gleichheit und Leistung an. In dieser zweiten Zeitreihe müssen die Befragten nicht einer vorgegebenen Lösung des Konflikts zwischen Leistung und Gleichheit zustimmen, sondern sich selber in der Polarität beider Werte verorten – zuerst mit Bezug auf den Lebensstandard, dann auf das Einkommen. Sie müssen auf einer siebenstufigen Skala entscheiden zwischen »einer Gesellschaft, in der der Lebensstandard des einzelnen in erster Linie von seiner Leistung abhängt« (Code 1) und »einer Gesellschaft, die dem einzelnen einen gewissen Lebensstandard sichert, auch wenn er weniger leistet« (Code 7) – sowie zwischen »einer Gesellschaft, die Unterschiede in Fähigkeiten, Bildung und Leistung finanziell belohnt« (Wert 1) und »einer Gesellschaft, die Wert auf ähnlich hohe Einkommen für jeden legt« (Wert 7), so daß hohe Werte die Entscheidung für Gleichheit und niedrige Werte die Entscheidung für Leistung darstellen.

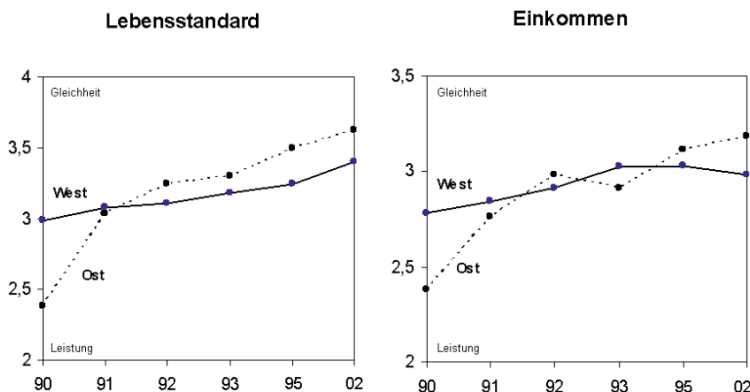


Abbildung 2: 1990–2002 Lebensstandard–Einkommen²

Die Mittelwerte in West- und Ostdeutschland für beide Entscheidungen sind in Abbildung 2 dargestellt. In beiden Entscheidungen favorisieren 1990 wider Erwarten nicht die West-, sondern die Ostdeutschen Leistung stärker. Und bei beiden Entscheidungen bewegen sich die Westdeutschen kaum, die Ostdeutschen aber von der Leistung weg zur Gleichheit. Die Landesteile nähern sich also nicht in der erwarteten Weise an. Die nach der Wiedervereinigung erwarteten Unterschiede treten erst in der Transformation auf. Die ostdeutsche Identität bildet sich erst nach der Wiedervereinigung.

3. Mitbestimmung: Leistungsansprüche im Osten – Wertansprüche im Westen

Um Mitbestimmung geht es in erster Linie in der Politik. Wer nicht entscheidet, aber von Entscheidungen betroffen ist, soll eine Chance haben, auf sie Einfluß zu nehmen. In der Politik aber geht es um zweierlei: zunächst einmal um die Durchsetzung von Interessen und Ansprüchen, wie etwa die Schulgeldfreiheit oder die Sicherung der Rente, im weiteren aber – wenn Interessenkonflikte gelöst und Ansprüche durch Leistungen der Politik befriedigt sind – um die Verwirklichung von

² Vgl. Heiner Meulemann: Religiosität – Die Persistenz eines Sonderfalls. In: Deutschland in Europa. Ergebnisse des European Social Survey 2002–2003. Hg. v. Jan van Deth Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2004, S. 55–76.

Werten wie etwa den Schutz der Umwelt oder Frieden unter den Völkern. Die Bevölkerung stellt Leistungsansprüche und Wertansprüche an die Politik – und die beiden Landesteile unterscheiden sich darin, was von beidem sie stärker fordern.

Leistungsansprüche lassen sich in Umfragen durch eine indirekte und eine direkte Frage erfassen. Indirekt werden Leistungsansprüche durch die wahrgenommene Gerechtigkeit der Verteilung erfasst. »Ich finde die sozialen Unterschiede in unserem Land im großen und ganzen gerecht.« Wer diese Aussage ablehnt, stellt implizit Ansprüche an den Staat, Leistungen zur Umverteilung zu gewähren. Direkt werden Leistungsansprüche durch den Wunsch einer staatlichen Sicherung gegen Lebensrisiken erfasst. »Der Staat muß dafür sorgen, daß man auch bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Altern ein gutes Auskommen hat.« Wer dieser Aussage zustimmt, stellt ausdrücklich Ansprüche an den Staat. Abbildung 3 zeigt, wie sich die Ablehnung der indirekten und die Zustimmung zur direkten Aussage zwischen 1991 und 2004 in West- und Ostdeutschland entwickelt haben.

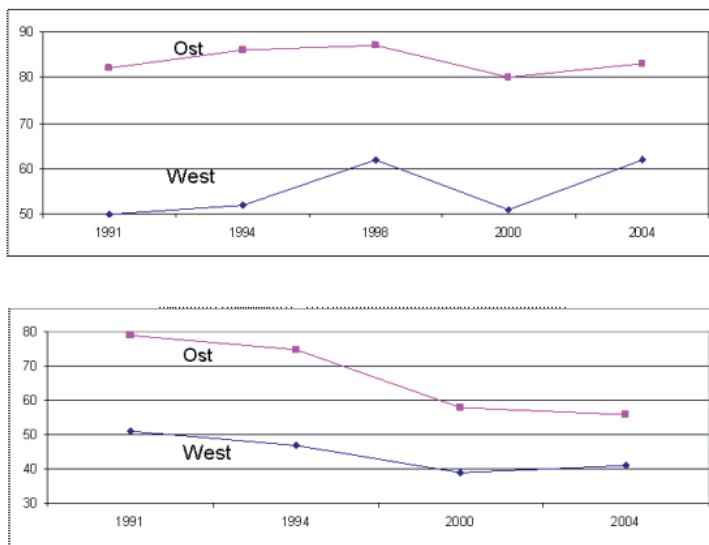


Abbildung 3: Ost mehr Leistungsansprüche

Die Ostdeutschen halten zwischen 1991 und 2000 um rund 30 Prozentpunkte häufiger als die Westdeutschen die sozialen Unterschiede in Deutschland nicht für gerecht; 2004 schmilzt dieser Unterschied auf 19 Prozentpunkte zusammen. Die Ostdeutschen fordern weiterhin 1991 und 1994 um 28 Prozentpunkte häufiger als die Westdeutschen eine staatliche Vorsorge gegen Lebensrisiken; 2000 und 2004 schmilzt dieser Unterschied auf 19 und 15 Prozentpunkte zusammen. Nach beiden

Fragen also stellen die Ostdeutschen deutlich mehr Leistungsansprüche an den Staat als die Westdeutschen; nach beiden Fragen schmilzt diese Differenz ab 2000 etwas zusammen, aber verbleibt noch beträchtlich.

Wenn Leistungsansprüche hinreichend befriedigt sind, kann man Wertansprüche stellen. Wer sich gegen Lebensrisiken gefeit fühlt, kann sich um die Verschönerung der Städte, den Schutz der Umwelt oder den Frieden in der Welt kümmern. Solchen Überlegungen liegt die Vorstellung einer Hierarchie von Werten zugrunde, die mit den wachsenden Möglichkeiten der Menschen Schritt für Schritt abgearbeitet werden. Zuerst kommen die materialistischen, dann die postmaterialistischen Werte; und jeder wird nach dem Stand seiner Bedürfnisbefriedigung die einen oder anderen Werte wählen. Das wird mit folgender Frage erhoben: »Auch in der Politik kann man nicht alles auf einmal haben. Wenn Sie zwischen den folgenden Dingen wählen müßten, welche zwei erscheinen Ihnen am meisten wünschenswert?« Vorgegeben waren »Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung«, »Kampf gegen steigende Preise«, »Mehr Einfluß für das Volk in wichtigen politischen Entscheidungen«, »Schutz der Meinungsfreiheit«. Die beiden ersten Vorgaben erfassen materialistische, die beiden letzten postmaterialistische Werte. Wer beide materialistischen Vorgaben wählt, gilt als Materialist; wer beide postmaterialistischen Vorgaben wählt, gilt als Postmaterialist; wer eine materialistische und eine postmaterialistische Vorgabe wählt, gilt als Mischtyp.

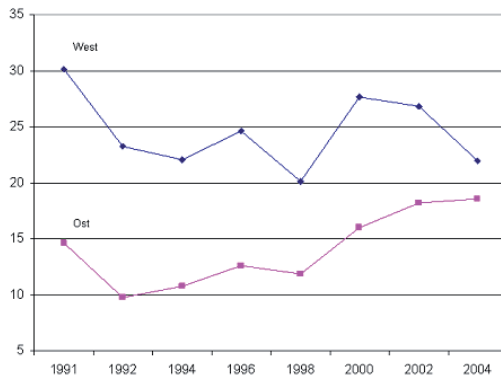


Abbildung 4: Postmaterialismus: Ost weniger Wertansprüche³

3 Vgl. ALLBUS 2002; ZA 1795; ZA 1990; ZA 2140; ZA 3700. Alle Hinweise der Form ZAxxxx beziehen sich im folgenden auf eigene Auswertungen von im Zentralarchiv für empirische Sozialforschung der Universität zu Köln archivierten Studien, für deren Bereitstellung ich dem Archiv danke.

Abbildung 4 zeigt, wie sich der Anteil der Postmaterialisten, also der Personen mit hohen Wertansprüchen an die Politik zwischen 1991 und 2004 entwickelt. Unter den Westdeutschen finden sich bis 2000 um etwa 12 Prozentpunkte mehr Materialisten als unter den Ostdeutschen; 2002 und 2004 aber schmilzt der Vorsprung auf 9 und 3 Prozentpunkte zusammen.

Bis zum Jahre 2000 also gilt: Die Ostdeutschen stellen also mehr Leistungsansprüche, die Westdeutschen mehr Wertansprüche an die Politik. Im Vergleich der Landesteile zeigt sich die gleiche Hierarchie wie bei Personen. Weil in Ostdeutschland elementare Bedürfnisse, wie etwa Arbeit oder Wachstum, weniger gut befriedigt sind als in Westdeutschland, erwarten die Ostdeutschen von der Politik in erster Linie Leistungen und dann erst die Verwirklichung von Werten. Weil in Westdeutschland die Befriedigung der elementaren Bedürfnisse weiter fortgeschritten ist, erwarten die Westdeutschen von der Politik auch die Verwirklichung von Werten.

Nach dem Jahre 2000 aber nähern sich die Leistungsansprüche und die Wertansprüche beider Landesteile erstmals kontinuierlich an. Der ostdeutsche Vorsprung an Leistungsansprüchen bleibt dabei größer als der westdeutsche Vorsprung an Wertansprüchen. Aber die Gleichzeitigkeit und die Kontinuität beider Entwicklungen legen den Schluß nahe, daß die aus der DDR ererbten Unterschiede sich nach einem Jahrzehnt Zusammenlebens auf Dauer angleichen.

4. Akzeptanz: Die staatlich verordnete Moral implodiert, aber die erzwungene Säkularisierung bleibt

Moralität

Jede Moral verlangt im Ernstfall des Konflikts die Unterordnung eigener Interessen unter höhere Gesichtspunkte, die entweder durch Kollektivgüter oder durch Werte definiert sind; Moralität ist die entsprechende Voreinstellung der Person, also die Bereitschaft, die Selbstentfaltung des Individuums zugunsten der Verpflichtungen für Gemeinschaften oder der Forderungen von Werten zurückzustecken.

Moralische Gebote können durch Werte und durch die Regel der Reziprozität – »was Du nicht willst, daß man Dir tu, das füg auch keinem andern zu« – begründet werden. Werte rechtfertigen Gebote ohne den Appell an das eigene Interesse der Person; die Regel der Reziprozität begründet Gebote mit dem mehr oder minder langfristigen Appell an das eigene Interesse. Streng genommen läßt sich

Moralität – die Unterordnung der Selbstentfaltung unter die Verpflichtung für andere – nur an Geboten messen, die sich durch Werte rechtfertigen. Aber die meisten Gebote bauen sowohl auf der Rechtfertigung durch Werte wie dem Appell an das eigene Interesse auf, so daß die Zuordnung eine Frage des Grades ist. Im folgenden wird zwischen Geboten unterschieden, die sich überwiegend durch Werte rechtfertigen, und Geboten, die überwiegend durch die Regel der Reziprozität begründet sind. Die erste Gruppe wird zusätzlich nach den Werten in drei Untergruppen aufgeteilt: Die Werte, die in Ehe und Familie verkörpert sind, rechtfertigen zum Beispiel das Verbot außerehelicher Geschlechtsbeziehungen oder der Scheidung; der Wert des fremden Lebens rechtfertigt das Verbot von Tötung und Abtreibung; der Wert des eigenen Lebens das Verbot von Sterbehilfe und Selbstmord. Die Regel der Reziprozität verbietet zum Beispiel die Steuerhinterziehung und den Mißbrauch von Sozialleistungen. In jedem Fall beruht die Zuordnung auf einer dominanten Begründung und schließt alternative Begründungen nicht aus. Auf der einen Seite kann zum Beispiel das Verbot außerehelicher Geschlechtsbeziehungen auch mit dem Hinweis auf die gleiche Handlungsmöglichkeit des Partners, auf der anderen Seite zum Beispiel das Verbot der Steuerhinterziehung auch mit dem Hinweis auf das Gemeinwohl gerechtfertigt werden.

	<u>Differenzen</u>			
	<u>O-W</u>			
	90	94	95	00
Werte: Ehe und Familie				
Geschlechtsbeziehungen zwischen Minderjährigen	17	13		
Außereheliches Verhältnis	12	-1		
Prostitution	18	11		
Homosexualität	10	-2		-3
Sich scheiden lassen	6	-2		-10
Werte: fremdes Leben				
Abtreibung	-6	-19		-25
Mord aus polit. Gründen	7	5		
In Notwehr töten	10	3		
Werte: eigenes Leben				
Euthanasie	4	2		-10
Selbstmord	15	1		1
Regel der Reziprozität				
Schwarzfahren	16	7	5	
Steuern hinterziehen	20	5	0	
Gefundenes Geld behalten	7	-1	-2	
Für d. eig. Vorteil lügen	13	2	-1	
Missbrauch v. Soz.leistungen	8	0		

Abbildung 5: Moral

In Befragungen mußten nun Verhaltensweisen auf einer Skala zwischen »darf man unter keinen Umständen tun« und »ist in jedem Fall in Ordnung« eingestuft werden. Wer sagt, etwas dürfe man unter keinen Umständen, drückt ein hohe Akzeptanz moralischer Gebote aus. Die Differenz dieses Prozentsatzes zwischen West- und Ostdeutschen für Gebote zum Wert von Ehe und Familie, zum Wert des fremden Lebens, zum Wert des eigenen Lebens und zur Regel der Reziprozität in West- und Ostdeutschland zwischen 1990 und 2000 ist in Tabelle 5 dargestellt. Ein positiver Wert sagt, daß die Ostdeutschen eine höhere Akzeptanz moralischer Gebote zeigen, ein negativer, daß die Westdeutschen eine höhere Akzeptanz zeigen.

1990 wertet nun der Osten fast immer strenger als der Westen. Im Westen werden sowohl Verstöße gegen Werte der Ehe und Familie, des fremden und des eigenen Lebens wie gegen die Regel der Reziprozität eher akzeptiert als im Osten. Lediglich die Euthanasie wird in beiden Landesteilen etwa gleich bewertet. Und allein die Abtreibung, zu der die Einstellung ja durch die unterschiedliche Gesetzgebung vorentschieden war, wird im Osten mehr akzeptiert. Zwischen 1990 und 1994 geht im Osten die Unterstützung moralischer Gebote auf fast allen Vorgaben zurück, während sie im Westen konstant bleibt, so daß die Differenz zusammenschmilzt. Wo sich die Entwicklung zwischen 1994 und 1995 / 2000 weiterverfolgen läßt, lebt die höhere Moralität des Ostens nicht wieder auf. Der Osten paßt sich also dem Westen an und bleibt dabei. Der Rückgang der Unterstützung moralischer Gebote in Ostdeutschland ist zudem stark genug, um zu einem Rückgang im vereinten Deutschland zu führen. Bei der Wiedervereinigung sind die Ostdeutschen moralischer als die Westdeutschen, aber sehr bald geht ihre Moralität auf das westdeutsche Niveau zurück. Wie kann man diese beiden Sachverhalte verstehen?

Die DDR hat der Bevölkerung mit staatlichem Druck eine rigide Moral oktroyiert. Sie hat von ihr in den »10 Geboten der sozialistischen Moral« Konventionen – »die sozialistische Arbeitsdisziplin festigen«, »sparsam sein«, »sauber und anständig leben« – gefordert, mit denen man Konformität demonstrieren konnte, und ihr propagandistische Leerformeln – »die internationale Solidarität«, »den Geist des Friedens und des Sozialismus« – eingehämmert, die zum Nachsprechen, aber zu keinem Tun verpflichteten. Die Menschen haben diese Moral nachgebetet, ohne ihr unbedingt zu folgen. Wo sie es mußten, demonstrierten sie Konformität; wo sie es konnten, taten sie, was sie wollten. Da kam die Umfrageforschung als ein neues Medium moralischer Bekenntnisse gerade recht – und so erklärt sich die hohe Akzeptanz moralischer Gebote in Ostdeutschland 1990.

In der neuen pluralistischen Sozialordnung aber hat die hohe Moralität ihren Sinn verloren. Sie brachte weder Anerkennung bei Autoritäten noch gab sie Orientierung im Alltag. Der einzelne konnte sich nicht mehr an äußere Mächte anlehnen,

sondern mußte nach verinnerlichten Maßstäben urteilen. Daher *mußte* die Fassade hoher Akzeptanz moralischer Gebote zerbrechen, und die innere Schwäche der hohen Moralität trat zu Tage: Sie lebte vom Buchstaben und nicht vom Geist. Weit entfernt davon, Orientierung zu geben, lähmt die hohe moralische Akzeptanz in der pluralistischen Sozialverfassung. Weit entfernt davon ein »Verfall« zu sein, ist die rückläufige Akzeptanz eine Anpassung an die neuen Lebensbedingungen, die keine demonstrative, sondern eine überzeugte Moral verlangen.

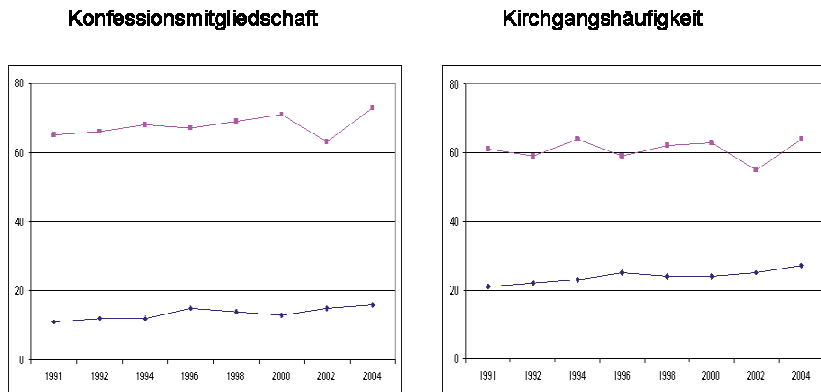
Moralität hängt eng mit Religiosität zusammen. Denn die Religionen geben Gründe für moralische Gebote und verheißen Lohn und Strafe für moralisches oder unmoralisches Handeln. Daher korrelieren Moralität und Religiosität auch in Bevölkerungsbefragungen. Die DDR aber war ein soziales Experiment gegen diese Korrelation. Sie oktroyierte Moralität und sie zerstörte Religiosität. Wenn nun nach dem Ende der DDR die oktroyierte Moralität implodiert – lebt die zurückgedrängte Religiosität wieder auf? Folgt der erzwungenen Säkularisierung der DDR eine religiöse Wiederbelebung Ostdeutschlands?

Religiosität

Religiosität kann man definieren als die Einstellung zur religiösen Frage, also der Frage nach dem Woher und Wohin des eigenen Lebens und der Welt. Sie äußert sich erstens in der *Mitgliedschaft* in religiösen Vereinigungen, also in Kirchen. Sie äußert sich in öffentlich-kirchlichen und privat-religiösen *Praktiken*. Sie äußert sich drittens in *Glaubensüberzeugungen*, die Antworten auf die religiöse Frage geben. Zu diesen drei Formen der Religiosität will ich Ergebnisse für West- und Ostdeutschland nach 1990 vorstellen.

Kirchenmitgliedschaft und Kirchengangshäufigkeit

Die Zugehörigkeit zu einer Kirche bestimmt die Häufigkeiten kirchlicher Praktiken: Sie ist in Westdeutschland viel stärker gegeben als in Ostdeutschland. In Westdeutschland gehören – wie Abbildung 6 zeigt – 1991 11 Prozent und 2004 16 Prozent keiner Religionsgemeinschaft an, in Ostdeutschland 1991 65 Prozent und 2004 73 Prozent. Ostdeutschland ist also durch die DDR »entkonnessionalisiert« worden und wird durch die Verfassung der neuen Bundesrepublik nicht wieder »rekonnessionalisiert«. Die erzwungene Säkularisierung Ostdeutschlands besteht also bis heute fort; sie hat in der Kirchenmitgliedschaft ihr überdauerndes institutionelles Fundament.



Kirchgang: auch Konfessionslose in Basis. Quelle: ZA 795, ZA3451 (ALLBUS)

Abbildung 6: Konfessionsmitgliedschaft und Kirchgang⁴

Die Konfessionen sind das institutionelle Fundament der religiösen Praxis. Sie regeln die kirchlichen Praktiken, an erster Stelle die Häufigkeit des Kirchgangs. Wie Abbildung 6 zeigt, gehen 1991 im Westen 21 Prozent und im Osten 60 Prozent, 2000 24 Prozent bzw. 63 Prozent »nie« zur Kirche, so daß die Prozentsatzdifferenz zwischen den beiden Landesteilen konstant bleibt. Im vereinten Deutschland bleibt schließlich der Anteil derer, die »nie« in die Kirche gehen, konstant.

Die geringere Kirchgangshäufigkeit in Ostdeutschland kann allerdings die Entkonfessionalisierung Ostdeutschlands widerspiegeln. Denn Konfessionslose gehen seltener in die Kirche als Konfessionsmitglieder und Protestanten seltener als Katholiken und zugleich sind Konfessionslose und Protestanten in Ostdeutschland stärker vertreten. Daher kann es sein, daß der Landesteilunterschied der Kirchgangshäufigkeit durch den Unterschied der Konfessionsverteilung bedingt ist.

Um das zu prüfen, muß man die Kirchgangshäufigkeit in den Landesteilen getrennt für die Konfessionsgruppen betrachten. Verschwinden die Landesteilunterschiede vollständig bei dieser »Kontrolle«, so haben sie keinen eigenständigen Einfluß; werden die Landesteilunterschiede jedoch nur reduziert, so verbleibt ein eigenständiger, von der Konfessionszugehörigkeit unabhängiger Einfluß des Landesteils auf die Kirchgangshäufigkeit. In der Tat nivellieren sich, wenn man die

⁴ Vgl. Heiner Meulemann: Wertwandel in Deutschland. Studienbuch der Fernuniversität Hagen. Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaft. Hagen: FernUniversität-Gesamthochschule 2002, S. 117; Heiner Meulemann: Werte und Wertewandel im vereinten Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B37–38/2002, S. 13–22, hier S. 20; ALLBUS 2002.

Konfessionslosigkeit konstant hält, die Landesteilunterschiede der Kirchgangshäufigkeit fast vollständig. Sie spiegeln also die Landesteilunterschiede der Konfessionsmitgliedschaft wider und stellen keinen eigenständigen Unterschied dar.

Die gleiche Überlegung gilt für alle kirchlichen Praktiken und religiösen Überzeugungen, die durch die Konfessionszugehörigkeit geregelt werden. Die gleiche Prüfung wie für den Kirchgang muß also im Folgenden auch für die weiteren Verhaltensweisen und Überzeugungen durchgeführt werden, bevor sie als eigenständiger Landesteilunterschied gewertet werden können.

Häufigkeit des Gebets

Nicht nur in der Kirche wird gebetet, sondern auch zu Hause. Die Frage »Wie oft beten Sie?« bezieht sich zunächst auf beides. Aber durch die Vorgaben, die von »täglich« bis »nie« reichen, wird deutlich, daß das private Gebet im Hause gemeint ist. Die Verteilung dieser Variable ist in beiden Landesteilen zweigipflig: der häufigste Wert ist »nie«, der zweithäufigste »täglich«, alle mittleren Kategorien sind seltener besetzt. Daher ist es am besten, den Prozentsatz »nie« als Indikator der Säkularisierung des privaten religiösen Verhaltens zu betrachten.

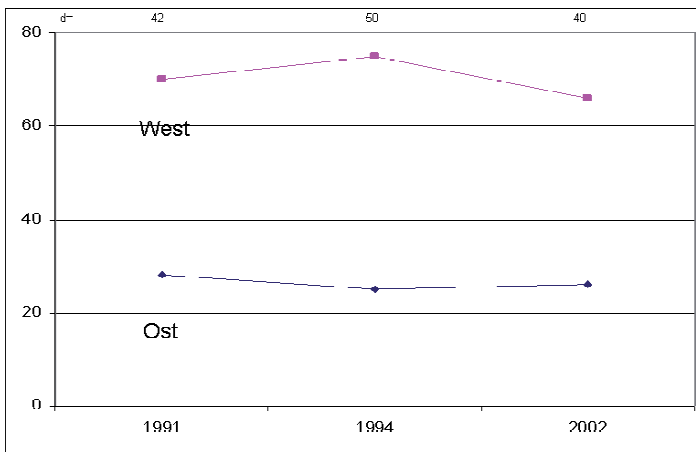


Abbildung 7: Beten 1991–2002

Abbildung 7 zeigt, daß Nichtbeten zwischen 1991 und 2004 in Ostdeutschland konstant mindestens 40 Prozentpunkte häufiger ist als in Westdeutschland. Die erzwungene Säkularisierung war also nicht nur eine »Entkirchlichung«; sie bringt auch eine Säkularisierung des privaten religiösen Verhaltens mit sich. Aber natürlich

ist die Kirchenmitgliedschaft das institutionelle Fundament der religiösen Praxis nicht nur in der Kirche, sondern auch zu Hause. Unterscheidet sich die Gebetshäufigkeit auch dann zwischen den Landesteilen, wenn man die Unterschiede der Kirchenmitgliedschaft aus der Betrachtung nimmt? Um das zu prüfen, muß man die Prozentsatzdifferenzen zwischen West- und Ostdeutschland für Protestanten, Katholiken und Konfessionslose getrennt betrachten – wie in der folgenden Abbildung 8.

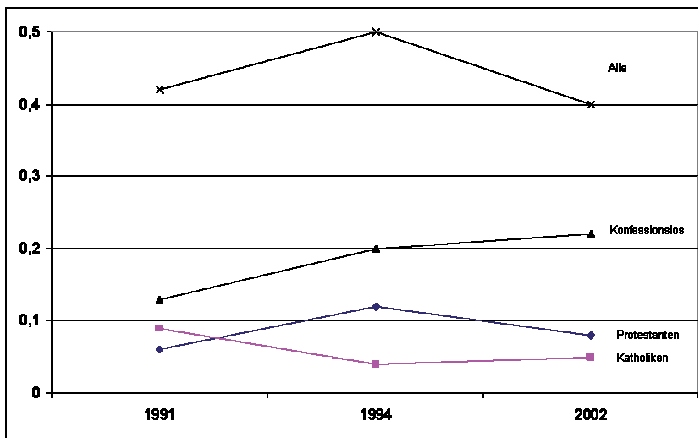


Abbildung 8: Beten 1991–2002 in Konfessionen und bei Konfessionslosen

In der Abbildung sind zuoberst die Prozentsatzdifferenzen zwischen den Landesteilen insgesamt grafisch dargestellt, die als Zahlen bereits am Fuß der Abbildung 7 eingetragen waren und immer über 40 Prozentpunkten liegen. Betrachtet man nun Protestanten, Katholiken und Konfessionslose getrennt, so muß sich die Differenz natürlich vermindern, weil der hohe Prozentsatz von nie betenden Konfessionslosen in Ostdeutschland und der hohe Prozentsatz von häufig betenden Kirchenmitgliedern in Westdeutschland nicht mehr in die Differenz eingehen. Aber sie verschwindet nicht. Anders gesagt: Obwohl ein Katholik als Katholik in Ostdeutschland so viel beten sollte wie in Westdeutschland, betet er weniger. Die Unterschiede zwischen den Landesteilen in der konfessionellen Verteilung können die Unterschiede in der Häufigkeit des Betens nur zum Teil erklären. Es verbleiben beträchtliche Nachwirkungen der erzwungenen Säkularisierung, die an der Konfessionsmitgliedschaft gleichsam vorbeigehen.

Diese eigenständigen Nachwirkungen der Säkularisierung gehen zudem nicht zurück – wie man an den Größenverhältnissen zwischen der Prozentsatzdifferenz insgesamt und in den Untergruppen ermessen kann. Im Gegenteil: Die Prozent-

satzdifferenz der Konfessionslosen, die bereits 1991 am größten ist, wächst sogar noch an. Die erzwungene Säkularisierung hat dort am meisten Durchschlagskraft, wo das Schutzschild der Konfessionszugehörigkeit abgelegt worden ist; aber sie hat auch dort Durchschlagskraft, wo es noch hochgehalten wird. Die erzwungene Säkularisierung der DDR hat also nicht nur die kirchliche Religiosität, sondern die Religiosität überhaupt, das Gespür für die religiöse Frage, zurückgedrängt.

Religiöse Glaubensüberzeugungen

Die Religion ist die erste soziale Macht, die die religiöse Frage beantwortet – mit den Glaubensüberzeugungen ihrer Lehre. Aber die Religion des Abendlands, das Christentum, hat in den letzten zwei Jahrhunderten zunehmend an Macht verloren, ihre Lehre durchzusetzen, so daß andere Mächte – Weltanschauungen und die Wissenschaft – mit ihr konkurrieren und Glaubensüberzeugungen Gegenstand der Wahl oder Konstruktion, kurz Privatsache geworden ist: Heute ist es nicht selten tatsächlich der einzelne Mensch, der sich aus der Religion auf die religiöse Frage zurückzieht und sich seine Kosmologie zusammenstellt oder erfindet. Auch dies ist ein Aspekt der *Säkularisierung*, so daß man Glaubensüberzeugungen nach ihrem *Säkularisierungsgrad* betrachten muß – also danach, wieweit sie auf einem Glauben an transzendente oder immanente Mächte beruhen, christlich oder säkular sind. In Umfragen wurden drei Säkularisierungsstufen erhoben: (1) die theistische und deistische, die zusammenfassend als *christlich* bezeichnet werden, (2) die *immanente*, die den Sinn des Lebens im Leben selber sehen und (3) Zweifel und Sinnlosigkeit, die weder einen christlichen noch einen immanenten Sinn des Lebens sehen und als *Agnostizismus* zusammengefaßt werden.

Christliche Glaubensüberzeugungen werden durch vier Aussagen erfaßt, deren Abkürzungen groß geschrieben sind: »Es gibt einen Gott, der sich mit jedem Menschen PERSÖNLICH befaßt«; »Es gibt einen Gott, der Gott FÜR UNS sein will«; »Das Leben hat nur eine Bedeutung, WEIL es einen GOTT gibt«; »Das Leben hat einen Sinn, weil es NACH dem TOD noch etwas gibt«. Das *immanente* Weltbild wurde durch existentialistische und naturalistische Vorgaben erfaßt: Lebenssinn ist entweder Schöpfung des Individuums – »Das Leben hat nur dann einen Sinn, wenn man ihm SELBER einen Sinn gibt«; oder liegt in der Natur und wird aus ihr herausgelesen – »Unser Leben wird letzten Endes bestimmt durch die GESETZE der NATUR«; »Das Leben ist nur ein Teil der ENTWICKLUNG der NATUR«. *Agnostizismus* wurde durch folgende Aussage erhoben: »Das Leben hat meiner Meinung nach WENIG SINN«.

Auf diese Aussagen wurden fünf Zustimmungsstufen von 1 »stimme voll und ganz zu« bis 5 »stimme überhaupt nicht zu« vorgegeben sowie eine Vorgabe »darüber habe ich noch nicht nachgedacht«, die mit der mittleren Stufe (»habe dazu keine fest Meinung«) zusammengefaßt wurde. Die Antworten der westdeutschen Bevölkerung 1982, 1991, 1992 und 2002 und der ostdeutschen Bevölkerung 1991, 1992 und 2002 sind in Abbildung 9 dargestellt.

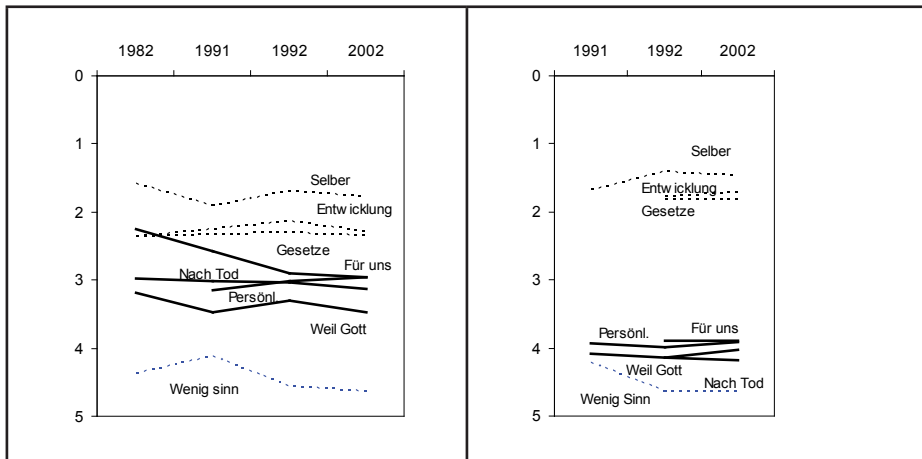


Abbildung 9: Religiöse Weltbilder in Westdeutschland 1982–2002 und in Ostdeutschland 1991–2002: Mittelwerte⁵

In Westdeutschland werden immanente Glaubensüberzeugungen stärker unterstützt als die christliche; aber beide haben mehr Anhängerschaft als der Agnostizismus. Innerhalb der immanenten Glaubensüberzeugungen findet die existentialistische Aussage mehr Zustimmung als die beiden naturalistischen. Zwischen 1982 und 2002 gewinnen beide naturalistischen Aussagen leicht, während alle christlichen leicht verlieren, so daß seit 1992 immanente Glaubensüberzeugungen vor christlichen liegen. In Ostdeutschland finden alle immanenten Aussagen deutlich mehr Zustimmung als die christlichen Vorgaben und der Agnostizismus. In beiden Landesteilen rangieren also immanente Glaubensüberzeugungen vor christlichen. Aber der westdeutsche Vorsprung an christlichen Glaubensüberzeugungen bleibt zwischen 1991 und 2002 konstant. Die erzwungene Entkirchlichung der DDR hat christliche Glaubensüberzeugungen in Ostdeutschland stärker zurückgedrängt als die freiwillige Säkularisierung in Westdeutschland.

⁵ Vgl. ALLBUS 2002; ZA 1795; ZA 1990; ZA 2140; ZA 3700.

Auch dieser Unterschied zwischen den Landesteilen ist durch die erzwungene Säkularisierung bedingt, aber wiederum nur zum Teil. Die Prüfung verlangt allerdings multivariate statistische Verfahren, auf die ich hier nicht eingehen möchte. Wiederum gilt also: Die erzwungene Säkularisierung der DDR hat nicht nur die kirchliche Religiosität, sondern die Religiosität überhaupt, das Gespür für die religiöse Frage, zurückgedrängt.

Die Ostdeutschen schütteln also die oktroyierte sozialistische Moral ab, aber die erzwungene Säkularisierung der DDR wirft bis heute ihren Schatten. Die sozialistische Moral war das Kunstprodukt eines untergegangenen Staates; aber die erzwungene Säkularisierung ist ein Wandel, der ihn überlebt. Die DDR hat nicht nur gegen die positive Korrelation von Moralität und Religiosität gearbeitet; auch nach ihrem Ende entwickeln sich beide nicht synchron. Die sozialistische Moral implodiert, aber die Religiosität lebt nicht wieder auf – nicht als Kirchenzugehörigkeit und kirchliche Praxis, aber auch nicht als private kirchliche Praxis und als christliche Glaubensüberzeugung.

5. Schluß: Unterschiede als Fortwirken eines geplanten Verfassungswandels

Mein Vortrag behandelte die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland und vor allem ihre Persistenz und ignorierte die Gemeinsamkeiten. Ist das einseitig oder läßt es sich rechtfertigen?

Unterschiede und Gemeinsamkeiten

Die Vereinigung Deutschlands wurde in der Öffentlichkeit häufig als »soziales Großexperiment« bezeichnet. Aber ein »soziales Großexperiment« war bereits die DDR und die 40jährige Parallel-Existenz zweier konträrer Sozialordnungen in einem Lande mit gemeinsamer Sprache und Geschichte. Das erste Experiment bedingt das zweite und sollte daher vor dem zweiten untersucht werden. DDR-Forschung ist wichtiger als Transformationsforschung, denn aus den Folgen eines abgeschlossenen Experiments läßt sich mit größerer Sicherheit etwas lernen als aus der Begleitung eines laufenden Experiments. Jedes Experiment aber beruht auf einem *treatment*, einer gezielten experimentellen Manipulation. Vielleicht hat sie das Gewollte erreicht, vielleicht aber hat sie auch Ungewolltes bewirkt. Der Beobachter muß dann eruieren, was angezielt war und was ungeplant herausgekommen

ist. Die Wirkung des Experiments läßt sich dann in drei Formen beschreiben. Erstens: wieweit sind die *vorweg geplanten Ziele* später in Unterschieden zwischen der Bevölkerung, die dem *treatment* unterlag oder nicht unterlag, erkennbar? Zweitens: Wieweit sind Unterschiede nachträglich als *ungeplante Folge* des geplanten Experiments verständlich? Drittens: Wieweit lassen sich Gemeinsamkeiten aus der *Nichtkontrollierbarkeit* früherer oder gleichzeitiger Einflüsse erklären?

Im Falle der DDR gab es – was die Mentalität der Bevölkerung betrifft, und nur darum geht es hier – zwei *vorweg geplante Ziele*: ein Gemeinschaftsgefühl und eine säkulare Weltsicht. Das Gemeinschaftsgefühl sollte auf der Vorstellung der materialen Gleichheit aller beruhen. Deshalb müssen als Nachwirkung der DDR im Vergleich mit der alten Bundesrepublik die Werte »Gleichheit« und »Leistung« untersucht werden. Die säkulare Weltsicht sollte auf der Verdrängung einer kirchlichen, ja einer überhaupt religiösen Weltsicht aufbauen und ihre eigene, wiederum auf der Vorstellung materialer Gleichheit beruhende Moral mit sich bringen. Deshalb muß als Nachwirkung der DDR im Vergleich mit der alten Bundesrepublik der Wert der Akzeptanz in seinen Facetten der Moralität und der Religiosität untersucht werden. Beides ist hier geschehen – mit dem Ergebnis, daß in beiden Fällen die Unterschiede zwischen den früheren Teilstaaten auch in den heutigen Landesteilen unvermindert fortbestehen. Die Unterschiede zeigen also, daß das *treatment* in einem hohen Maß in der angezielten Richtung erfolgreich war. 40 Jahre eines gewollten Verfassungsexperiments überspielen bis heute die Tradition von Jahrhunderten der Gemeinsamkeit in Sprache und Kultur, Geschichte und Tradition.

Ungeplante Folgen des geplanten Experiments lassen sich im Falle der DDR darin sehen, daß sich nach der Vereinigung die sozialistische Erziehung der DDR auswirkt. Weil die wirtschaftliche Situation der Ostdeutschen nicht günstig ist, sind sie versucht, sie in der Brille der DDR-Ideologie zu interpretieren. Daraus erklärt sich die wachsende Kritik der Ostdeutschen am Leistungsprinzip, die hier dargestellt wurde.

Schließlich gibt es natürlich Gemeinsamkeiten der beiden Landesteile. Sie unterscheiden sich nicht – bei der Vereinigung und danach – in zwei wichtigen Unterdimensionen des Werts der »Mitbestimmung«. Erstens wird der Wert der Teilhabe der Politik in beiden Landesteilen gleich unterstützt, wenn man das politische Interesse, die Identifikation mit der Demokratie und das Gefühl der politischen Effektivität betrachtet. Das ist vermutlich Folge des Einflusses des westdeutschen Fernsehens schon zu Zeiten der DDR. Zweitens wird der Wert des Egalitarismus im Privatleben in beiden Landesteilen gleich unterstützt, wenn man die Erziehungsziele betrachtet. Das ergibt sich vermutlich daraus, daß die politische Einwirkung des autoritären

Staates mutmaßlich nicht hinter die Türen des Privatlebens vordringen konnte. Die Gemeinsamkeiten lassen sich also auf die Nichtkontrollierbarkeit begleitender Einflüsse zurückführen.

Maße für die Unterschiede

Wenn die Macht des sozialen Großexperiments DDR also durch Unterschiede gemessen werden soll, dann fragt sich, wie groß sind die Unterschiede. Woran können sie gemessen werden?

Ein *erstes* Maß für die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland wären Unterschiede zwischen Nord- und Süddeutschland oder zwischen beliebigen Bundesländern. Finden sich dort ähnlich große Unterschiede, so ist weniger die Sozialverfassung der DDR Ursache des Ost-West-Unterschieds als vielmehr der historische deutsche Regionalismus. Wo aber dieses Argument empirisch geprüft werden konnte, wurde es widerlegt. Betrachtet man zum Beispiel die Einstellungen zu »Gleichheit« und »Leistung« aus Abbildung 1 in Nord- und Süddeutschland, so verlaufen sie nahezu deckungsgleich. Die alte Bundesrepublik war homogen, aber die neuen Bundesländer mußten etwas mitmachen, was den alten erspart blieb.

Ein *zweites* Maß für die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sind die Unterschiede zwischen Ost- und Westeuropa. Das soziale Großexperiment war in beiden Fällen ja dasselbe – aber vor dem Hintergrund einer gemeinsamen oder einer unterschiedlichen nationalen Geschichte. Finden sich in Europa die gleichen Unterschiede wie in Deutschland, so ist weniger die Sozialverfassung der DDR Ursache des innerdeutschen Unterschieds als vielmehr der Staatsozialismus überhaupt. Eine gleichlautende Befragung in 21 europäischen Ländern 2002 bietet Gelegenheit die innerdeutschen West-Ost-Unterschiede an den innereuropäischen am Beispiel der Kirchgangshäufigkeit zu messen.

Der Mittelwert der auf sieben Stufen gemessenen Kirchgangshäufigkeit in 15 westeuropäischen und vier osteuropäischen Ländern und in West- und Ostdeutschland ist in Abbildung 10 dargestellt. Die Mittelwerte der west- und der osteuropäischen Länder sind als durchgezogene Striche eingetragen. Die stark gezeichnete mittlere Linie bezieht sich auf die Kirchgangshäufigkeit in den Bevölkerungen insgesamt, die schwach gezeichnete obere Linie auf die Kirchgangshäufigkeit der Kirchenmitglieder, die schwach gezeichnete untere Linie auf die Kirchgangshäufigkeit der Konfessionslosen.

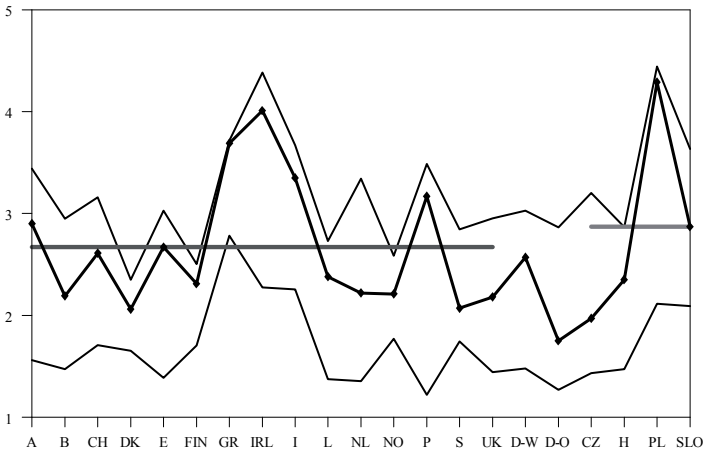


Abbildung 10: Gottesdienstbesuch in Deutschland und Europa

Wie man an der Stelle ohne durchgezogene Linie in der Mitte der Abbildung am Abfall der dicken mittleren Linie sieht, gehen die Westdeutschen insgesamt deutlich häufiger in die Kirche als die Ostdeutschen insgesamt. Der Unterschied ist viel stärker als der an den durchgezogenen Strichen sichtbare Unterschied zwischen West- und Osteuropa, der sich dank des hohen polnischen Kirchgangesbesuchs sogar umkehrt: Die Westeuropäer gehen seltener in die Kirche als die Osteuropäer.

Das gilt auch, wenn man Kirchenmitglieder und Konfessionslose an den beiden schwächeren Linien getrennt betrachtet. Die Differenz zwischen West- und Ostdeutschen ist bei den Kirchenmitgliedern deutlich, bei den Konfessionslosen immer noch etwas kleiner als in der gesamten Bevölkerung. Aber beide innerdeutsche Differenzen bleiben bedeutsam und sind größer als die entsprechenden innereuropäischen, die der Lesbarkeit halber nicht mehr mit durchgezogenen Linien in die Abbildung eingezeichnet sind.

Die erzwungene Säkularisierung wirft also bis heute in Deutschland einen längeren Schatten als in Europa. Die innereuropäischen Differenzen relativieren die deutschen nicht, sondern fördern ihre Außergewöhnlichkeit zu Tage. Deutschland ist – was die Persistenz des Effekts der Unterdrückung der Religion durch den Staatsozialismus betrifft – ein Sonderfall. Wie läßt sich der Sonderfall erklären?

Vermutlich hat die deutsche Teilung die Wirkung der konträren Sozialverfassung, die ja in Europa insgesamt wirkte, *verstärkt*. Die 40jährige Koexistenz in *einem* Land hat es ermöglicht, daß Bevölkerungen und Kirchen sich stärker als in verschiedenen Ländern auseinander entwickelt haben. Sie hat einerseits der Bevöl-

kerung die Flucht vor dem kirchenfeindlichen Staat erlaubt, so daß die Religion *mehr* als dort, wo auch die kirchennahe Bevölkerung im Lande bleiben mußte, an Rückhalt verloren hat. Sie hat andererseits den Staat zur *verstärkten* politischen Repression der Kirchen und die Kirchen zur – gemessen an anderen staatssozialistischen Ländern wie Polen und Ungarn – *gesteigerten* Anpassung an den Staat – »Kirche im Sozialismus« – gezwungen. Deshalb hat die historische und kulturelle Klammer Deutschland in der Zeit der staatlichen Teilung den Effekt der konträren Sozialverfassungen auf die Religiosität nicht abgemildert, sondern verschärft. Und weil nach der Vereinigung keine spiegelbildlich selektive Rückwanderung eingesetzt hat, können diese Wirkungen überleben, obwohl die Kirchen in Ostdeutschland wieder die gleiche bevorzugte Stellung genießen wie in Westdeutschland. So wenig wie heute im geeinten Deutschland die Religion als Fundament des säkularen Nationalstaats notwendig ist, so wenig hat in der Zeit der Teilung die Nation als Klammer für die Religiosität der Bevölkerungen gewirkt.

Opportunität der Untersuchung von Unterschieden

Aber selbst wenn die Unterschiede zwischen den deutschen Landesteilen sachlich bedeutsam sind, mag man bezweifeln, ob es pragmatisch ratsam ist, sie zu untersuchen. Ist es opportun, die Unterschiede, also die Langzeitfolgen eines gescheiterten Experiments, zu untersuchen oder sollte man nicht besser zur Tagesordnung übergehen? Zwei Einwände gegen die erste Alternative und Argumente für die zweite tauchen immer wieder auf.

Erstens sei es sinnlos, Unterschiede zu untersuchen, die sich doch früher oder später nivellieren müssen. Das ist banaler Weise wahr, aber es führt dazu, die Folgen des sozialen Großexperiments DDR zu unterschätzen – wie drei hier berichtete Ergebnisse belegen. Erstens nivellieren sich die meisten Unterschiede eher später als früher. Die Macht des Experiments wird also klein geredet. Zweitens tauchen einige Unterschiede erst dadurch auf, daß die Transformation den Geist der DDR herauf beschwört. Die unbeabsichtigten und indirekten Folgen des Experiments werden also ausgeblendet. Die ostdeutsche Identität ist ein Produkt der Transformation, aber die Notwendigkeit der Transformation resultiert aus dem Scheitern der DDR. Drittens läuft man Gefahr, eine wichtige Lehre aus dem sozialen Großexperiment DDR zu übersehen. Die Implosion der sozialistischen Moral bald nach der Vereinigung zeigt, daß moralischer Oktroi nicht Moral sondern moralische Fassaden produziert. Diese Lehre gilt auch jenseits des Falles der DDR. Wer eine

Art »Moralpolitik« betreibt und »bewußten Wertwandel« betreiben will, wird als Erfolg nicht viel mehr als demonstrative Gefügigkeit mit heimlicher Verantwortungslosigkeit produzieren.

Zweitens täte die Betonung der Unterschiede durch Wissenschaft oder durch Politik – siehe Schönbohm – den Ostdeutschen Unrecht, indem ihnen Defizite zugeschrieben würden, wo sie nur anders seien als die Westdeutschen. Aber dieses Argument schlägt den Sack statt den Esel. Wenn die Ostdeutschen heute Gleichheit mehr als Leistung fordern, wenn sie sich mehr auf den Staat als auf sich selbst verlassen, wenn sie nicht nur kirchliche Religiosität aufgegeben, sondern an Gespür für die religiöse Frage verloren haben, dann sind diese Sachverhalte weniger Resultat ihrer Taten als dessen, was ihnen angetan wurde – entweder direkt durch die DDR oder indirekt durch die Transformation, die nach dem Scheitern der DDR unumgänglich wurde. Die DDR war eine Folge der Niederlage im Zweiten Weltkrieg, für deren Schuld und deren Schulden die Ostdeutschen die letzte Rate heute bezahlen müssen. Sie müssen die Erziehung der DDR abschütteln und die Transformation bewältigen. Das erklärt, warum sie sich so lange von den Westdeutschen unterscheiden und in manchen Fällen erst nach der Vereinigung anders werden. Aber das ist kein Grund, diese alten oder neuen Unterschiede unter den Teppich zu kehren. Man darf in Tatsachenfragen keine falschen Rücksichten nehmen, gerade wenn man denen wohl will, die von den Tatsachen nicht begünstigt wurden.